

Bei 36 Personen ist diese Krankheit amtlich festgestellt. Der Fleischer, der das trichinose Fleisch verkauft hat, ist bereits ermittelt; er behauptet, daß das Fleisch vorchriftsmäßig untersucht sei und ebenso sagt der Fleischbeschauer, daß er keine Trichinen in dem betreffenden Schwein habe finden können. In dem noch vorgefundenen Rest hat man Trichinen in großer Zahl entdeckt. Seider dürften auch andere Ortschaften noch in Mitleidenchaft gezogen werden, da nicht alles Fleisch in Plauzig verkauft ist. So werden bereits verdächtige Erkrankungen aus Stenn gemeldet.

Kuerbach. Die Einweihung des Herrn Pastor Dr. Kober als Superintendent der wiedererrichteten Ephorie Kuerbach findet am 3. Juli in der hiesigen Hauptkirche durch einen der Herren Konfistorialräthe aus Dresden statt.

Rautenkranz. Große Freude wurde einer 77jährigen armen Frau hiesigen Orts dadurch bereitet, daß ihr durch Vermittelung des Herrn Gemeindevorstands Benedict außer einer fortlaufenden Altersrente die Summe von 700 Mk. als Nachzahlung von der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen bewilligt wurde.

Das 50jährige Ehejubiläum feierte Herr Privatier Rudolph in Riesa. — Zum 50jährigen Brunnensjubiläum in Bad Elster haben die sächsischen Majestäten ihr Erscheinen zum 25. Juni zugelobt. — Ein ungenannter Wohlthäter in Halle hat dem dortigen Waisenhause 10,000 Mark zur Errichtung einer Freistelle zum Geschenk gemacht. — Die Gemeinde Weinershagen, welche ihrem Lehrer, der dort 50 Jahre amtierte, bei seinem Abgange 1880 aus eigenen Mitteln 1000 Mk. Pension gewährte, hat ihm jetzt ein Ehrengeld von 1000 Mk. übermitteln lassen und außerdem erhöhte die Regierung seine Pension jährlich um 200 Mark. — Feuer sind es 100 Jahre, als in Rußland im Staate eine geordnete Forstkultur eingeführt wurde, welche dem Staate reiche Einnahmen einbrachte und dem Volke die Abgaben verminderte. — Das letzte Gewitter hat in Krumhermersdorf bei Biskopau einen Schaden von 100,000 Mk. angerichtet. — Im vorigen Jahre starb der Gastwirth Zeit in Hallensee kinderlos und hinterließ seiner Wittwe ein Vermögen von 1 Million Mark. Nun ist sie auch ohne Erben gestorben und der preussische Staat tritt das Erbe an. — Aus dem Hasen zu Havana sind in einem einzigen Jahre 124,624 kg Tabak, 741,821 kg Tabakblätter, über 156,5 Mill. Cigarren und über 48 Mill. Packeten Cigaretten ausgeführt worden.

Der Kaiser hat ausdrücklich alle besonderen Feierlichkeiten anlässlich seines zehnjährigen Regierungsjubiläums abgelehnt. Voraussetzlich findet daher an diesem Mittwoch lediglich ein Trauergottesdienst zum Gedächtnis des hochseligen Kaisers Friedrich III. statt, und zwar im Mausoleum der Potsdamer Friedenskirche, der letzten Ruhestätte des unvergesslichen Herrschers. Den 16. Juni dürfte der Kaiser in Potsdam im Kreise des Offizierskorps des 1. Garde-Regiments z. F. zubringen, für den Abend ist ein kleines Diner mit den Ministern und Staatssekretären in Aussicht genommen.

Berlin, 13. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Allerhöchste Kabinettsordre, wonach der Kaiser der Schutzmannschaft von Berlin zur dauernden Erinnerung an ihr 50jähr. Jubiläum und in Anerkennung der von ihr geleisteten treuen Dienste eine Helmszier mit der Aufschrift „In Treue fest“ zwischen den Jahreszahlen 1848—1898 verlieh und auch dem Polizeipräsidenten von Berlin die Anlegung der Helmszier gestattet. Zugleich will der Kaiser aus diesem Anlaß dem Polizeipräsidenten als Zeichen seines Wohlwollens sein Bildniß in Del gemalt verleihen.

Berlin, 13. Juni. Die hiesige Schutzmannschaft beging heute die Feier des 50jähr. Bestehens durch einen Festakt mit Gottesdienst im Hofe des königlichen Schlosses, wobei der Kaiser die Schutzmannschaft zur besonderen Auszeichnung befohlen hatte. Am Nachmittag war ein Festessen für das Polizeipräsidium, für die Polizeioffiziere und eingeladenen Gäste im Kaiserhofe. Die Wachtmeister und Schutzmänner begeben die Feier, nach Hauptmannschaften geordnet, in den nächsten Tagen unter Theilnahme ihrer Familienangehörigen im Schloßhofe. Um 11 Uhr erschien der Kaiser und ritt die Front der Mannschaften ab. Nach dem Festgottesdienste hielt der Kaiser eine Ansprache. Er sprach der Schutzmannschaft an ihrem Ehrentage die herzlichsten Worte aus. Wie hoch der Kaiser, den

Tag ansehe und die Stellung, die die Polizei zu ihm und seinem Hause einnehme, könne sie daraus ersehen, daß der Kaiser sie in sein Haus eingeladen habe. Der Kaiser betrachtete ihr Fest als das seinige. In schwerer Zeit begründet, habe die Polizei den Erwartungen der vergangenen preussischen Könige voll entsprochen. Der Kaiser wünsche, daß die vorzügliche Reputation der Berliner Schutzmannschaft auch ferner dem Corps erhalten bleibe. Als brave, tüchtige Soldaten, brave, zuverlässige Schutzleute, den Bürgern Berather, Helfer, Retter, und den Verbrechern ein Schrecken, sei ihr ein starker Arm, den ich brauche, Gehorsam zu erzwingen, wenn es notwendig ist. Und da wir unsere Kraft aus dem Christenthum nehmen, versammelten wir uns heute vor Gottes Altar. Ich wünsche, daß ihr in demselben Geiste und in treuer selbstopferungsvoller Hingabe in eurem Berufe aushaltet wie bisher, dann wird der Lohn der Anerkennung niemals verweigert werden. Darauf sprach der Polizeipräsident dem Kaiser den Dank der Schutzmannschaft für die erwiesene Gnade und Ehre aus, erneuerte das Gelübde unverbrüchlicher Treue und schloß mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser. Darauf wurden die Ordensverleihungen verlesen. Der Kaiser zog sodann die Reubefehle vor die Front und sprach jeden einzeln an. Der Polizeipräsident erhielt das Bildniß des Kaisers in Del. Der Feiler sahen vom Fenster aus die Kaiserin, die jüngsten Prinzen und die Prinzessin zu.

Berlin, 14. Juni. Dem „Reichsanzeiger“ nach fand gestern Nachmittag im Reichsamt des Innern eine Sitzung des Kuratoriums der Reichsbank statt, wobei der Stellvertreter des Reichsbankpräsidenten, Graf Posadowsky, den Vorsitz führte. Ferner wohnten der Sitzung bei der Reichsbankpräsident Dr. Koch, der Vicepräsident des Staatsministeriums Dr. v. Miquel, Staatssekretär von Thielmann und der königlich württembergische Ministerialdirektor Fischer. — Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, betreffend die elektrischen Maßeinheiten.

Für die Reise nach Jerusalem wird der Kaiser ein eigenes Barackenlager mitnehmen. Dieses besteht aus drei Zelbaraden. Eine enthält Schlafräume und Toilettenzimmer, die andere bildet den Speisesaal und die dritte dient als Wohnraum. Ein ähnliches Barackenlager soll für die Kaiserin hergerichtet werden.

Der Reichsbankpräsident Fürst Hohenlohe ist von seinen Reisen nach Paris und Schillingfürst am Montag Abend wieder in Berlin eingetroffen. Der Staatssekretär Graf Posadowsky wird am 18. d. M. einen größeren Urlaub antreten, den er in Tyrol zubringen gedenkt. Entweder am gleichen Tage oder doch an einem der nächstfolgenden Tage beabsichtigt auch der Vicepräsident des preussischen Staatsministeriums, Finanzminister Dr. v. Miquel, mit Urlaub die Reichshauptstadt zu verlassen, um eine sechs-wöchige Cur in Gms zu gebrauchen.

Die in der Wahlbewegung so vielfach agitatorisch verwertete Behauptung des bisherigen Reichstagsabgeordneten Müller-Julda, es sei in einem Bundesstaate ein Gesetzesentwurf über die Abänderung des bestehenden Reichstagswahlrechtes in Ausarbeitung begriffen, hat den Chefredakteur Toppel in Schweidnitz veranlaßt, sich an sämtliche Bundesregierungen mit dem Erluchen um Auskunft in dieser Angelegenheit zu wenden. Bislang sind nun dem genannten Herrn Antworten zugegangen von den Regierungen von Bayern, Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg-Gotha und Anhalt. In diesen Rückäußerungen der aufgezählten Regierungen wird allenthalben bestimmt verneint, daß ein Gesetzesentwurf wegen Abänderung des jetzigen Reichstagswahlrechtes vorbereitet werde. Die Antwort des kgl. sächsischen Gesamtministeriums (gezeichnet Schurig) lautet: „Auf Ihre Eingabe vom 1. Juni d. J. wird Ihnen mitgetheilt, daß von der königlich sächsischen Regierung ein Gesetzesentwurf zur Beilegung oder Aenderung des verfassungsmäßigen Wahlrechtes zum Reichstage weder ausgearbeitet worden ist, noch vorbereitet wird.“ Der Präsident des königlich bayerischen Staatsministeriums, Freiherr v. Crailsheim, theilt mit: „Unter Bezugnahme auf das offizielle Dementi, welches einer hierher einschlägigen Notiz schon vor einigen Tagen entgegengestellt worden ist, kann ich Euer Wohlgebornen die bestimmte Versicherung geben, daß die Nachricht, es bestünde sich auf Seite der bayerischen Regierung ein Gesetzesentwurf, betreffend die Abänderung des geltenden Reichstagswahlrechtes, in Vorbereitung, vollständig auf

Erfindung ruhe.“ Die bayerische Regierung sagt ihrer Antwort noch hinzu, daß ihr auch von einem solchen Entwurfe oder Plane an anderer Stelle nichts bekannt sei.

Der neue Reichstag soll schon im September zu einer kurzen Tagung einberufen werden, um seine Zustimmung zum deutsch-englischen Handelsvertrage zu geben.

Im Ganzen sind in den 397 Wahlkreisen Deutschlands 1417 Kandidaten aufgestellt.

Angeht die anstehenden Wahlen zum neuen Reichstag dürfte ein Rückblick auf die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1893 zeitgemäß sein. Es wurden gewählt 98 Centrumsmitglieder, 72 Conservativen, 53 Nationalliberalen, 44 Sozialdemokraten, 28 Freiconservative, 24 Freisinnige der volksparteilichen Richtung, 19 Polen, 16 Antifemiten, 13 Mitglieder der freisinnigen Vereinigung, 11 sächsische Demokraten, 8 Elässer, also Abgeordnete aus Elb-Lothringen, welche sich keiner der bestehenden altdeutschen Parteien angeschlossen haben, 7 Welfen, 3 bayerische Bauernbündler, 1 Däne — Johannsen —, 1 „Particularist“ — Sigl-München — und ein „Liberaler“ — Schlechtin, nämlich Rösche-Deffau, zusammen 397 Abgeordnete. Durch die verschiedenen seit Abschluß der Stichwahlen von 1893 vorgenommenen Nachwahlen zum Reichstage brachten indessen politischer Zusammensetzung insofern eine Veränderung hervor, als die beiden conservativen Fraktionen zusammen hierbei zehn Mandate an andere Parteien abgeben mußten.

Zu der aus englischer Quelle stammenden Meldung, Deutschland beabsichtige, im Mitteländischen Meere Kohlenstationen zu erwerben, und zwar auf den Balearen und an der maroccanischen Küste, liegt von zuständiger Berliner Stelle noch keine Äußerung vor. Jedenfalls muß die erwähnte Nachricht einseitig mit Reserve aufgenommen werden, obwohl der Wunsch Deutschlands, Kohlenstationen im Mitteländischen Meere zu besitzen, gewiß sehr begreiflich erscheinen würde.

Oesterreich.

Die Quotenfrage in Oesterreich-Ungarn, nämlich die Frage, wie künftig der Procentsatz der Beiträge Oesterreichs und Ungarns zu den gemeinsamen Ausgaben zu bemessen sei, scheint vor ihrer vorläufigen Entscheidung zu stehen. Nach einer Wiener Meldung hat die österreichische Quoten-Deputation beschlossen, ihren bisherigen Standpunkt, wonach die Quote nach dem Schlüssel der Bevölkerungsziffer zu bestimmen sei, aufzugeben, und einen anderen Schlüssel auf Grundlage der Steuerleistung aufzustellen. Im Anschluß hieran ist die fernere Wiener Meldung zu verzeichnen, der Vorschlag der österreichischen Quoten-Deputation gehe dahin, die österreichische Quote auf 62 1/2 Prozent und die ungarische Quote auf 37 1/2 Prozent festzusetzen. Ob ungarischerseits dieser Vorschlag Annahme finden wird, das ist allerdings noch fraglich, da, wie verlautet, die ungarische Quoten-Deputation höchstens 36 Prozent als Beitrag Ungarns zugestehen will; bisher betrug die österreichische Quote 69, die ungarische Quote 31 Prozent. In Wien soll am Sonntag ein außerordentlicher Ministerrath unter persönlichem Vorhinein des Kaisers stattgefunden haben, um eine Klärung der inneren Lage herbeizuführen. — In Balmi Ujvaros (Südungarn) fand, einem Gerücht zufolge, ein Ueberfall der fremden Arbeiter durch einheimische Arbeiter statt, die einschreitende Gendarmerie mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen, wobei eine Person getödtet und drei verwundet worden sein sollen.

Graf Badeni ist geisteskrank. Seit Wochen bereits circulieren Nachrichten über das Befinden des gewesenen Ministerpräsidenten. Bald sollte Graf Badeni unheilbarem Wahnsinn verfallen, bald sollte an all dem Gerüchte kein wahres Wörtchen sein, denn Graf Badeni sei erst vor vierzehn Tagen beim Kaiser in Audienz erschienen. Nun kommt aber aus Bemberg eine Nachricht, die von den Wiener Blättern als sehr vertrauenswürdig bezeichnet wird und Einzelheiten mittheilt. Bekanntlich hatte Graf Badeni nach seinem Sturze vom 28. November 1897 am 3. Dezember Wien verlassen. Seit Witternichts Entlassung war der Rücktritt eines Regierungschefs in Oesterreich niemals unter ähnlichen aufregenden und außerordentlichen Umständen erfolgt. Tieferschütternd von den Ereignissen begab sich Graf Badeni zuerst auf die Besitzung seiner jungverheirateten Tochter Wanda und trat hierauf eine mehrwöchentliche Auslandsreise an. In Paris war er Zeuge der heftigen Dreyfus-